

Medienmitteilung von GMS, GRA, Iras-Cotis und Zürcher Lehrhaus

Ein Nein zur Minarettverbots-Initiative ist kein Ja zu jedem Minarett

„Der Himmel über der Schweiz ist gross genug: NEIN zur Intoleranz – NEIN zur Minarettverbots-Initiative“ (siehe Anhang),

An der heutigen Medienkonferenz in Bern fokussierten die Organisationen, die den Aufruf für Freiheit und Gleichheit und das Plakat- und Inserate-Sujet lancierten: auf **die eigentliche Abstimmungsfrage**.

Es geht weder um die Scharia oder Zwangsehen, noch um Kopftuch tragende Frauen und die Integration von Musliminnen und Muslimen in der Schweiz. Die Frage ist, ob der Islam wie das Christentum und das Judentum und jede andere Religion das Recht haben soll, ihre Moscheen, wenn sie denn wollen, mit einem Minarett als ihrem religiösen Symbol auszustatten. Dies ihnen generell in unserer Bundesverfassung verbieten zu wollen, verletzt ihre Religionsfreiheit, so wie es die Einschränkungen der Rechte der Juden und die Ausnahmeartikel jene der Katholiken tat. Wie Kirchtürme nicht überall gebaut werden dürfen, kann nach unseren geltenden Gesetzen auch für ein Minarett die Baubewilligung verweigert werden, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse dem Bau entgegensteht und das Verbot verhältnismässig ist. **Die Initiative ist daher unnötig, und sie diskriminiert die muslimische Religionsgemeinschaft, wenn ihr das grundsätzlich und absolut untersagt wird, was den anderen Religionen zusteht.**

Die Initianten behaupten, das Minarett sei kein religiöses Symbol, weshalb das absolute Verbot des Baus neuer Minarette die Religionsfreiheit nicht verletze. **Gerade damit, dass der Staat nach den Initianten Musliminnen und Muslimen nicht die Freiheit lassen soll, das, was sie als ihr religiöses Symbol betrachten, selber zu bestimmen, verstösst die Initiative gegen die freie Ausübung des Islams mit ihrem Zeichen.**

Wem nicht nur das eigene grundlegende Menschenrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit ein Anliegen ist, sondern auch das der Anderen, wird die Initiative mit einem klaren Nein ablehnen. Dass das einer grossen Mehrheit ein Anliegen ist, bezweifeln die sich gegen die Initiative engagierenden Personen und Organisationen nicht. Sie sorgen sich darum, ob auch erkannt wird, dass es letztlich allein darum geht, da die hochgespielten Themen von der Scharia bis zu Zwangsehen und gar Ehrenmorden die eigentliche Abstimmungsfrage zu überdecken drohen. **Deshalb und um Solidarität mit den muslimischen Religionsgemeinschaften zu zeigen und sie nicht schutzlos hässlichen und diffamierenden Angriffen ausgesetzt zu lassen, lassen sie sich auf diese Abstimmungskampagne ein.**

Seit Jahrzehnten unterstützen unsere Organisationen erfolgreich eingewanderte Religionsgemeinschaften in deren Bemühen, ihren Glauben in einer den schweizerischen Verhältnissen angepassten Weise zu leben. **Heute, da bereits eine zweite und dritte Generation der ehemaligen Einwanderer wohnt und arbeitet**, wäre ein Minarettverbot eine Massnahme, die nicht nur unsere Schweizer Freiheitsrechte beschädigen, sondern auch den gesellschaftlichen Integrationsprozess empfindlich stören würde.

Bern, 27. Oktober 2009

Beilage

GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz
GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus
Iras-Cotis Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Zürcher Lehrhaus: Judentum-Christentum-Islam